



Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfplatz 13a
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at

GZ: R SNE 01/25

Datum 13.11.2025

Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	+43 15016512253
GEBU/BAK/2025/0749	Joel TÖLGYES	E-Mail	Joel.TOELGYES@akwien.at

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 - Novelle 2026)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Das Wichtigste in Kürze

- Der Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control regelt die Stromnetzentgelte für das Jahr 2026. Mit ihnen bekommen die Netzbetreiber die Kosten für Ausbau, Betrieb und Instandhaltung der Netze abgegolten.
- Die Energiewende ist ein Schlüsselement zur Eindämmung der Klimakrise und Grundlage für Wohlstand in Österreich. Sie macht uns unabhängiger von Energieimporten und schafft österreichische Wertschöpfung. Der Ausbau der Stromnetze ist dafür von essenzieller Bedeutung. Damit die Energiewende gelingen kann, muss die Netzregulierung neben der Nachhaltigkeit und der Versorgungssicherheit auch das Ziel der Leistbarkeit verfolgen.
- Die Netznutzungs- und Netzverlustentgelte steigen laut Entwurf im kommenden Jahr für die Haushalte im Schnitt um rund 1,1 % (+ 4,20 Euro bei einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden) und damit deutlich geringer als im Vorjahr.
- Die glimpfliche Entwicklung ist auch auf die Auflösung von Rücklagen bei der Austrian Power Grid AG (APG) zurückzuführen. Sie darf nicht über die strukturell steigenden Netzkosten hinwegtäuschen. Durch die notwendigen Investitionen in die österreichischen Stromnetze droht weiterhin mehr als eine Verdoppelung der Netzkosten in den kommenden Jahren. Seit 2020 sind die Entgelte um mehr als 70 % gestiegen.

- Die BAK fordert die Regulierungsbehörde dazu auf, jeden Spielraum zu nutzen, um einen bedarfsgerechten Ausbau zu forcieren, die Kosten für den Netzausbau möglichst gering zu halten und diese verursachergerecht zu verteilen. Aus Sicht der BAK müssen die Verbraucher:innen entlastet werden, indem vor allem große Stromerzeuger stärker an den Netzkosten beteiligt werden. Letztere tragen nur rund 6 % der Netzkosten, während der Rest von den Verbraucher:innen getragen werden muss.
- Zudem braucht es aus Sicht der BAK ein Maßnahmenpaket, um den zu erwartenden Steigerungen der Netzentgelte in der Zukunft entgegenzuwirken:
 - Eine bedarfsgerechte, abgestimmte Planung zwischen Erneuerbaren-Ausbau und Netzausbau.
 - Eine optimale Auslastung des Stromnetzes durch die Nutzung von Digitalisierung und Automatisierung sowie die Nutzung von Verbrauchs- und Einspeiseflexibilitäten („Spitzenkappung“).
 - Eine stärkere Beteiligung von Stromerzeugern und internationalen Stromhändlern an den Netzkosten.
 - Ein regulatorischer Rahmen, der in Verbindung mit staatlich gestützter (Vor) Finanzierung (zB über eine Förderbank oder staatliche Garantien, Bereitstellung von Eigen-/Fremdkapital) die Kapitalkosten für den Netzausbau senkt, den Netzausbau weiterhin sicherstellt und eine verstärkte Finanzierung der Strom-Übertragungsnetze mittels EU-Mittel fördert.
- Die BAK begrüßt die Einführung des Reduzierten Sommer-Arbeitspreises (RSAP) prinzipiell. Aus Sicht der BAK ergeben sich allerdings noch Fragen hinsichtlich der Umsetzung und der konkreten Auswirkungen auf die österreichischen Haushalte. Aus Sicht der BAK müssen einerseits Anreize für netzdienliches Verhalten gesetzt werden. Andererseits müssen die Anreize vor allem dort gesetzt werden, wo tatsächlich Flexibilitätpotenzial vorhanden ist.

Zu den wesentlichen Bestimmungen der Novelle 2026 zur SNE-VO 2018:

- **Netznutzungsentgelt:** Das Netznutzungsentgelt deckt rund 80 % der gesamten Netzkosten ab. Es muss laut EIWOG ausschließlich von den Verbraucher:innen entrichtet werden. Der vorliegende Entwurf sieht erneut eine Erhöhung des Netznutzungsentgelts vor, die allerdings im Vergleich zum Vorjahr moderat ist und durch die Senkung des Netzverlustentgelts abgefedert wird. Die vergleichsweise glimpfliche Erhöhung im Österreich-Schnitt hängt auch mit der Auflösung von Rücklagen auf Regulierungskonten der Austrian Power Grid AG (APG) zusammen. Die Entgeltsteigerung ist dabei im Wesentlichen auf einen Anstieg der Investitionsvolumina aufgrund des notwendigen Netzausbaus und auf die Integration von Erneuerbaren-Stromerzeugungsanlagen in das Netz, auf die hohe Inflation der letzten Monate zurückzuführen. Die Änderungen sind je nach Netzgebiet unterschiedlich (siehe untenstehende Tabelle). Am stärksten steigt das Netznutzungsentgelt im Burgenland (+ 16 %). In Salzburg sinkt es dagegen um 8 %.

Wie schon im letzten Jahr wird ein Teil der Entgeltänderung durch eine höhere Leistungspauschale abgedeckt. Sie steigt geringfügig um 6 Euro pro Jahr (netto). Diese Erhöhung ist aus Sicht der BAK zweischneidig: Einerseits werden Haushalte mit einem geringen Verbrauch, bei dem die Leistungspauschale einen größeren Stellenwert einnimmt, etwas stärker belastet. Darunter fallen oft Haushalte mit einem niedrigen Einkommen. Gleichzeitig könnten durch eine höhere Leistungspauschale aber auch jene – meist mit einem höheren Einkommen ausgestatteten – Haushalte an der solidarischen Netzfinanzierung beteiligt werden, die sich aufgrund ihrer PV-Anlage und den damit verbundenen geringeren Bezugsmengen oft aus der gemeinsamen Netzfinanzierung zurückziehen. Gerade diese Haushalte sind allerdings in Zeiten, in denen sie sich nicht selbst versorgen können, ebenso auf das öffentliche Stromnetz angewiesen. Verursachergerecht wäre statt einer erhöhten Pauschale eine stärkere Abrechnung über tatsächlich gemessene Leistungen. Dafür ist eine gesetzliche Entgeltreform notwendig.

Tabelle 1: Veränderung von Leistungspauschale (LP), Netznutzungsentgelt (NNE) und Netzverlustentgelt (NVE) im Jahr 2026 im Vergleich zum Jahr 2025 (Netzebene 7, nicht gemessene Leistung, 3.500 kWh/Jahr, exkl. Messentgelte, ohne Doppeltarife)

Netzgebiet	LP	NNE	NVE	Brutto-Gesamtkosten (LP, NNE, NVE)	Gesamt-Veränderung zum Vorjahr	Mehr-/Minderbelastung zu 2025 (brutto)
Burgenland	+12,5%	+16,8%	0%	€ 420,96	16%	€ 58,44
Kärnten	+12,5%	-0,9%	-43%	€ 486,40	-8%	-€ 8,30
Klagenfurt	+12,5%	-4,8%	-25%	€ 378,88	-12%	-€ 15,61
Niederösterreich	+12,5%	+7,2%	-15%	€ 450,11	-1%	€ 29,12
Oberösterreich	+12,5%	-1,1%	-5%	€ 345,70	-8%	€ 3,17
Linz	+12,5%	+5,5%	17%	€ 319,19	-4%	€ 22,36
Salzburg	+12,5%	-11,8%	-29%	€ 356,57	-16%	-€ 35,81
Steiermark	+12,5%	-3,4%	-24%	€ 449,35	-9%	-€ 10,36
Graz	+12,5%	-4,3%	-11%	€ 309,58	-12%	-€ 6,03
Tirol	+12,5%	+14,4%	-38%	€ 364,81	0%	€ 35,80
Innsbruck	+12,5%	+3,5%	-33%	€ 423,19	-6%	€ 9,17
Vorarlberg	+12,5%	-8,1%	-19%	€ 289,63	-15%	-€ 15,14
Wien	+12,5%	-5,7%	0%	€ 387,36	-10%	-€ 10,44
Kleinwalsertal	+12,5%	-11,4%	-24%	€ 826,30	-13%	-€ 93,98

- **Reduzierter Sommer-Arbeitspreis (RSAP):** Hierbei handelt es sich um eine Neuerung. Wer von April bis September zwischen 10:00 Uhr und 16:00 Uhr Strom verbraucht, spart laut Entwurf künftig 20 % des arbeitsbasierten Netznutzungsentgelts. Gleichzeitig werden bisherige zeitliche Differenzierungen (Tag- und Nachttarif sowie Sommer- und Wintertarif) abgeschafft. Aus Sicht der BAK ist die Einführung des RSAP prinzipiell zu begrüßen. Damit wird dem veränderten Energiesystem Rechnung getragen und das Entgeltsystem stärker an die Netzauslastung angepasst. Außerdem soll damit netzdienliches Verhalten beanreizt werden, indem Netzengpässe im Sommer vermieden werden und dadurch die Netzkosten insgesamt gedämpft werden. Die tatsächlichen Auswirkungen werden sich für einen Haushalt mit Standardlastprofil H0 ohne Bezugsänderung in Grenzen halten. Die Ersparnis wird wohl unter 10 Euro pro Jahr betragen. Durch eine netzdienliche Verhaltensänderung (Verlagerung des Verbrauchs in die Mittagsstunden) ist freilich eine größere Ersparnis möglich. Gleichzeitig erfolgt die Anpassung in einem aktuell sehr volatilen Umfeld, weshalb die Auswirkungen genau beobachtet werden müssen. Die BAK regt folgende Punkte an:
 - Voraussetzung für die Nutzung dürfte der Opt-In zur 15-minütigen Datenerfassung des Smart Meters sein, wobei es hierzu auch widersprüchliche Angaben seitens einzelner Netzbetreiber geben dürfte. Allerdings bestehen bei der Datenverfügbarkeit teils erhebliche Probleme. Teilweise haben Verbraucher:innen mit monatelangen Rechnungsverzögerungen zu kämpfen, die sich aus der mangelnden Datenverfügbarkeit ergeben. Die Verfügbarkeit muss daher dringend erhöht werden. Die BAK fordert daher Anreize, um die Datenverfügbarkeit zu erhöhen – etwa indem die pauschale Abgeltung für Energiegemeinschaften an ein hohes Maß an Datenverfügbarkeit geknüpft wird.
 - Die Verrechnung des RSAP muss aus Sicht der BAK so transparent wie möglich erfolgen und für die Netznutzer:innen nachvollziehbar sein.
 - Der RSAP kommt auch bei den unterbrechbaren Tarifen zum Einsatz. Aus Sicht der BAK ist dies begrüßenswert. Allerdings unterliegen die unterbrechbaren Tarife der Steuerung durch den Netzbetreiber. Die BAK fordert daher einen Rechtsanspruch für die Netznutzer:innen auf eine entsprechende Steuerung entlang der RSAP-Zeiten. Auf diesem Wege könnte genau bei den flexibelsten Verbrauchern angesetzt und das Netz entsprechend entlastet werden.
 - Die Entgeltreduktion führt zu Mindererlösen seitens der Netzbetreiber, die über das Regulierungskonto aufgerollt werden müssen. Die BAK fordert daher ein Monitoring seitens der E-Control, um Entgelterhöhungen für Nutzer:innen ohne entsprechendes Flexibilitätspotenzial entsprechend abschätzen zu können. Aus Sicht der BAK muss hier ein angemessener Mittelweg gefunden werden, um keine unverhältnismäßig hohen Belastungen bei jenen Netznutzer:innen entstehen zu lassen, die aufgrund äußerer Einflüsse (Arbeitszeiten uä) über keinerlei Flexibilitäten verfügen.

- **Netzverlustentgelte:** Beim Transport von elektrischer Energie wird ein Teil dieser Energie in Wärmeenergie umgewandelt und steht somit nicht mehr zur elektrischen Nutzung zur Verfügung. Diese Verlustmengen müssen daher von den Netzbetreibern zusätzlich am Strommarkt beschafft werden. Die Kosten machen insgesamt rund 8 % der gesamten Netzkosten aus, wobei sich die Kosten aufgrund sinkender Strompreise im Vergleich zum Vorjahr reduziert haben. Die Netzbetreiber bekommen diese Kosten über die Netzverlustentgelte ersetzt. Wie auch schon in den vergangenen Jahren werden 52 % der Kosten durch die Verbraucher:innen getragen. Die verbleibenden 48 % der Kosten werden von großen Erzeugern (über 5 Megawatt Leistung) getragen. Aus Sicht der BAK ist die vorgenommene Teilung der Kosten zwischen Erzeugern und Verbraucher:innen zu begrüßen. Denn die Verbraucher:innen tragen ohnehin mehr als 94 % der Kosten. Eine stärkere Beteiligung der Erzeuger an den Netzentgelten entlastet die Verbraucher:innen spürbar. Zudem wird damit ein regionaler Ausgleich geschaffen. Denn insbesondere in Netzgebieten mit verhältnismäßig viel Erzeugung würden so die Verbraucher:innen entlastet werden. Deutlich wird dies am Netzgebiet Burgenland, wo die Netzverlustentgelte für die Verbraucher:innen bei 0 Euro liegen, da die Kosten bereits über die österreichweit einheitlichen Erzeugerentgelte abgegolten werden.
- **Netzentgeltreduktion für Pumpspeicher:** Pumpspeicherkraftwerke werden im Vergleich zu den restlichen Verbraucher:innen auf mehreren Wege bevorzugt. Denn erstens sind sie ab Inbetriebnahme für 15 Jahre von der Erbringung von Netznutzungs- und Netzverlustentgelten befreit. Zweitens kommen sie anschließend in den Genuss von reduzierten Netznutzungsentgelten. Nach Schätzung der BAK dürften sich die österreichischen Pumpspeicher im Jahr 2025 durch die Bevorzugung mehr als 60 Mio Euro an Netznutzungsentgelten erspart haben. Dazu kommen zusätzliche Ersparnisse bei den Netzverlustentgelten. Diese Differenz muss von den übrigen Netznutzer:innen zusätzlich über höhere Entgelte aufgebracht werden. Die BAK sieht diese Bevorzugung daher äußerst kritisch. Aus ihrer Sicht widerspricht die Bevorzugung außerdem Artikel 18 der Verordnung (EU) 2019/943, in dem es heißt: *„Die Netzentgelte dürfen Energiespeicherung oder -aggregation weder bevorteilen noch benachteiligen und auch keine Negativanreize für Eigenerzeugung, Eigenverbrauch oder die Teilnahme an der Laststeuerung setzen.“*

Forderungen für die strukturelle Senkung der Stromnetzentgelte

Die BAK bekennt sich zu den Klimazielen und sieht zur Erreichung dieser, neben dem Ausbau von Erneuerbaren-Erzeugungsanlagen, gerade die Stromnetze als wichtige Komponente zum Gelingen der Transformation an. Dennoch werden die strukturellen Netzentgeltsteigerungen von der BAK als äußerst besorgniserregend gesehen. Denn die Netzkosten werden durch den Ausbau in den kommenden Jahren massiv ansteigen. Für die österreichischen Haushalte stellt dies ein großes Problem dar, schließlich ist leistbare Energie ein Grundbedürfnis. Weitere Entgeltsteigerungen könnten die Akzeptanz der Energiewende unterminieren. Für die österreichischen Unternehmen sind steigende Entgelte ebenso problematisch. Schließlich handelt es sich bei elektrischer Energie um einen wesentlichen Produktionsfaktor. Steigende Energiepreise können sich daher in einer

generellen Preissteigerung ausdrücken, so wie dies in den vergangenen Jahren zu beobachten war.

Aus Sicht der BAK ist es daher wichtig, den Anstieg der Netzentgelte in den kommenden Jahren möglichst einzudämmen. Dies muss über ein Regulierungssystem erfolgen, das sich innerhalb des energiepolitischen Dreiecks aus Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Leistbarkeit bewegt. Aus Sicht der BAK wird es eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen brauchen, um den Anstieg zu dämpfen und verursachergerecht zu verteilen:

- Netzausbau und Netznutzung müssen möglichst optimal ausgestaltet werden. Dazu braucht es eine vorausschauende Netzplanung, die im Einklang mit dem Strombedarf und dem Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion steht. Dazu ist explizit auch eine Netzplanung auf Verteilernetzebene notwendig. Aus Sicht der BAK muss die Regulierungsbehörde künftig den Ausbau selbst stärker monitoren und plausibilisieren, etwa durch Einsatz eines digitalen Zwillings des österreichischen Stromnetzes. Zudem braucht es eine intelligente Nutzung von Verbrauchs- und Einspeiseflexibilitäten. Wo eine flexible Netznutzung möglich ist (etwa bei bestimmten Großverbrauchern oder bei der Einspeisung), sollte diese auch genutzt werden. Zu den Lösungen gehören unter anderem eine (beanreizte oder gesetzlich vorgeschriebene) Leistungsrosselung/Spitzenkappung (etwa von E-Ladestationen oder Großverbrauchern oder von Wind- oder PV-Anlagen zu Spitzenzeiten) sowie die Förderung von Eigenverbrauch und der Einsatz von Speichern.
- Die Kosten für den Netzausbau könnten weiters gesenkt werden, indem der regulatorische Rahmen für die Kapitalkostenabgeltung in Kombination mit einer staatlich gestützten (Vor-)Finanzierung angepasst wird. Dabei würde die prinzipielle Finanzierung der Netze über Nutzungsentgelte beibehalten werden. Allerdings könnte der Staat für günstigeres Kapital für den Netzausbau sorgen. In Kombination mit einer Streckung der Abschreibedauern und der entsprechenden Berücksichtigung der günstigeren Finanzierungsbedingungen in der Regulierungssystematik könnte der Kostenanstieg somit abgefedert werden.
- Aus Sicht der BAK braucht es eine Entgeltreform, die alle Netznutzer:innen angemessen an den Netzkosten beteiligt. Die BAK fordert daher, dass künftig auch die Stromerzeuger und der internationale Stromtransit stärker an den Netzkosten beteiligt werden müssen. Denn auch sie gehören dezidiert zu den Netznutzer:innen, tragen derzeit aber im Verhältnis zu den Verbraucher:innen kaum etwas dazu bei. Auf Basis des aktuellen Verordnungsentwurfs würden Verbraucher:innen im kommenden Jahr rund 94 % der Netzkosten tragen. Hier ist aus Sicht der BAK auch die Regulierungsbehörde gefordert, mit entsprechenden Vorschlägen an den Gesetzgeber heranzutreten, um zukünftig eine gerechtere Kostentragung unter Beteiligung aller Netznutzer:innen zu gewährleisten. Die einseitige und immer stärker zunehmende Kostenbelastung der Stromverbraucher:innen muss dringend reduziert und eine faire sowie verursachungsgerechte Kostentragung muss sichergestellt werden. Die BAK begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Regulierungsbehörde wie bereits im aktuellen Tarifjahr die Erzeuger stärker an den Netzverlustkosten beteiligt. Kritisch ist zudem die Bevorzugung von Pumpspeicherkraftwerken zu sehen.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

